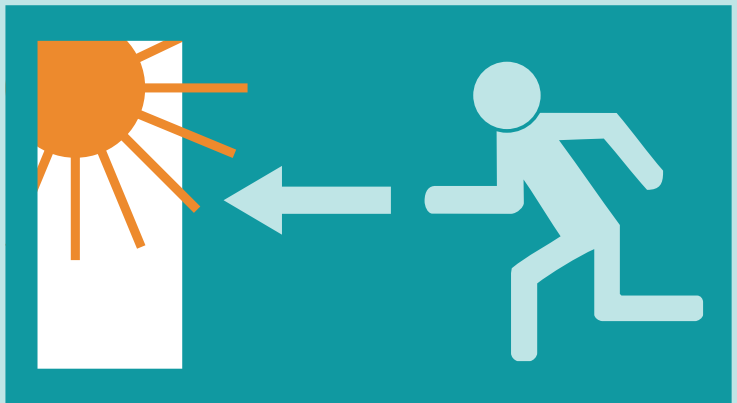


Robert P. Brenner/Daniela Dahn/  
Friedhelm Hengsbach/Saskia Sassen u.a.

# Kapitalismus am Ende?

 **altac** Analysen und Alternativen

## CAPITALISM



## [NO] EXIT ?

Robert P. Brenner/Daniela Dahn/  
Friedhelm Hengsbach/Saskia Sassen u.a.  
Kapitalismus am Ende?

Vom 6. bis zum 8. März 2009 fand in der Technischen Universität Berlin der Attac-Kongress »Kapitalismus am Ende?« statt. Mehr als 2.500 Menschen diskutierten ein ganzes Wochenende über den Kapitalismus und Alternativen. Dieses Buch kann nur eine Auswahl von Beiträgen, die während des Kongresses vorgetragen und diskutiert wurden, dokumentieren; ReferentInnen, die den Kongress mitgeprägt haben (wie Elmar Altvater oder Jörg Huffschmid), haben ihre Thesen in gerade erschienenen anderen Veröffentlichungen (z.B. dem vom Wissenschaftlichen Beirat von Attac herausgegebenen Reader »Das Casino schließen« bzw. dem Sammelband »Krisen-Analysen«) ausführlich dargelegt; umgekehrt sind Beiträge von vorgesehenen ReferentInnen aufgenommen worden, die – wie Robert P. Brenner – ihre Teilnahme kurzfristig absagen mussten.

Der Kongress hat drei Dinge deutlich gemacht, die auch die Buchveröffentlichung prägen:

- Es gibt einen großen Verständigungsbedarf über Ursachen, Facetten, Reichweiten der Krise und die Alternativen jenseits des Kapitalismus;
- es gibt innerhalb des emanzipatorischen Spektrums reichlich Sachverstand, der weiterhin miteinander ins Gespräch gebracht werden muss;
- Attac ist ein wichtiger Akteur, um diese noch immer erforderliche Debatte zu organisieren.

»Ein Systemwandel ist nötig. Hin zu einer demokratischen Ökonomie, die am Wohl aller orientiert ist; die Mensch und Umwelt ins Zentrum stellt und nicht den Profit... Eine solidarische Gesellschaft entsteht nur durch Druck von unten. Den müssen Menschen auf allen Erdteilen gemeinsam entfalten. Nur in einer breiten Koalition von Bewegungen, Gewerkschaften, Sozialverbänden, NGOs, Kirchen und vielen anderen lassen sich tatsächliche Veränderungen erkämpfen... Lasst uns gemeinsam die Krise zur Chance für eine andere Welt machen!« (Aus der Abschluss-Erklärung des Kongresses)

**Robert P. Brenner/Daniela Dahn/  
Friedhelm Hengsbach/  
Saskia Sassen u.a.**

**Kapitalismus am Ende?**

**Attac: Analysen und Alternativen**

**VSA: Verlag Hamburg**

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

[www.attac.de](http://www.attac.de)

Zur Vorbereitungsgruppe des Kongresses gehörten Doreen Heide, Detlev von Larcher, Sabine Leidig, Chris Methmann, Stephan Schilling, Gerd Siebecke und Peter Wahl für die Entwicklung des Konzeptes und die Gestaltung der Foren, Julia Bär, Christine Starzmann und Marlene Werfl für die Koordination des Gesamtprogrammes und der Organisation sowie Laura Valentukeviciute (Öffentlichkeitsarbeit), Alexis Schwartz (Dolmetsch-Koordination), Peter-Ulrich Peters (Rahmenprogramm), Markus Baumgartner (Website) und Jan-Philipp Keiper (attacafeteria).

Den Kongress finanziell unterstützt haben die Heinrich-Böll-Stiftung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Otto Brenner Stiftung und Transform! european network for alternative thinking and political dialogue. Medienpartnerin war die Frankfurter Rundschau.

Redaktion der Buchveröffentlichung:

Maren Schlierkamp, Gerd Siebecke und Guido Speckmann

Von der Eröffnungs- und Schlussveranstaltung sowie von fast allen Foren während des Kongresses gibt es Mitschnitte auf DVD:

[www.avrecord.de/attac.htm](http://www.avrecord.de/attac.htm)

© VSA-Verlag 2009, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelgrafik: Jule Axmann/Attac

Fotos: Kay Oliver Schulze/Attac

Druck und Buchbindearbeiten: Fuldaer Verlagsanstalt

ISBN 978-3-89965-350-2

# ■ Inhalt

## ■ Auftakt

Heiner Flassbeck	
<b>Wunderbar – alle haben es gewusst</b> .....	10
Saskia Sassen	
<b>Die Rückkehr zur ursprünglichen Akkumulation – unter Verwendung komplexer Finanzinstrumente</b> .....	13
Daniela Dahn	
<b>Der Kapitalismus muss aufhören, er selbst zu sein</b> .....	18
Frank Bsirske	
<b>Gewerkschaftliche Alternativen in der Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus</b> .....	22
Robert P. Brenner	
<b>Die Krise wird der Großen Depression gleichkommen</b> .....	25

## ■ Das Ende des Finanzkapitalismus – Ursachen & Alternativen

Fernando J. Cardim de Carvalho	
<b>Die finanzielle Instabilitätshypothese, Regulierung und Krisen</b> .....	32
Robert Kurz	
<b>Den Kapitalismus gesundpflegen?</b> .....	37
Joachim Bischoff	
<b>Zusammenbruch oder Kampf um die Alternative solidarischer Ökonomie</b> .....	41
Bernhard Emunds	
<b>Keine Kapitalismuskrise, sondern eine Krise der Finanzwirtschaft</b> .....	46
Peter Wahl	
<b>Multilateralismus in der Krise</b> .....	52

## **Kapitalismus, Ökologie und ein feministischer Blick**

Ralf Fücks	
<b>Die ökologische Transformation des Kapitalismus</b> .....	58
Ulrich Brand	
<b>Grüner New Deal als <i>magic bullet</i> in der Krise des neoliberal-imperialen Kapitalismus?</b> .....	63
Bruno Kern	
<b>Wachstum und Wohlstand angesichts begrenzter Ressourcen</b> .....	69
Andreas Exner	
<b>Eine Alternative zur Geldwirtschaft ist nötig</b> .....	75
Michael Brie	
<b>Auswege aus der Krise des Neoliberalismus und die »Umweltprämie«</b> .....	79
Christa Wichterich	
<b>Ein feministischer Blick auf Krisen, Kapital und Kosten</b> .....	84

## **Ungleichheit und soziale Rechte**

Friedhelm Hengsbach	
<b>Die soziale Krise und die Finanzkrise: zwei Seiten einer fehlerhaften Politik</b> .....	90
Sabine Reiner	
<b>Verordnete Armut: Grundlage der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise</b> .....	94
Armin Paasch	
<b>Die globale Hungerkrise</b> .....	98
Norbert Trenkle	
<b>Die »Rückkehr des Staates« als Krisenverwalter</b> .....	103
Mohssen Massarrat/Stephan Krull	
<b>Allianz für Gute Arbeit und Leben in Würde</b> .....	107
Tim Engartner	
<b>Staatliche Erosionsprozesse: Auslöser, Eckpfeiler und Folgen</b> .....	113

## ■ Kapitalismus-Variationen

Cornelia Heintze

### **Variationen und Transformationen von Kapitalismen:**

**Das skandinavische Modell** ..... 120

Thomas Seibert

**Den Kapitalismus südwärts variieren** ..... 124

Anne Schweigler

**Biopiraterie: die Einhegung und Privatisierung der Vielfalt** ..... 128

Werner Rätz

### **Was hat die Vermarktung immer neuer Lebensbereiche**

**mit dem Kapitalismus und seiner Krise zu tun?** ..... 131

Erika Feyerabend

**In-Wertsetzung des Körpers** ..... 135

## ■ Sein und Bewusstsein – Kultur und Medien

Wolfgang Fritz Haug

### **Die Waren und ihre Ästhetik**

**in der Spannung des Eigenen und des Fremden** ..... 142

Bernd Wagner

**Das Eigene und das Fremde** ..... 147

Christoph Lieber

### **Krise, Lohnarbeit und Alltagsbewusstsein**

**in der »Kritik der politischen Ökonomie«** ..... 151

Christina Kaindl

**Das Sein bestimmt das Bewusstsein?** ..... 156

Martin Beckmann

### **Zur Subjektivität von Erwerbstätigen**

**im postfordistischen Kapitalismus**..... 161

Christian Fuchs

**Kapitalistische Medien und kapitalistische Krise** ..... 164

Walter van Rossum

**Die »Tagesschau« als Leitkultur** ..... 171



## ■ Demokratie im globalen Kapitalismus

Alex Demirović	
<b>In der Krise: Wirtschaftsdemokratie</b> .....	176
Urs Marti	
<b>Die Krise der Demokratie und die Diskreditierung des Wissens</b> .....	181
Thomas Coutrot	
<b>Bürgerlicher Sozialismus und wie wir ihn erreichen</b> .....	184
Claudia von Braunmühl	
<b>Politik demokratisch weiter denken</b> .....	190
Michael Zürn	
<b>Das demokratische Paradox: Passen die politischen Institutionen noch zu den demokratischen Prinzipien?</b> .....	195
Ulf Martin/Harald Wolf	
<b>Autonome Gesellschaft statt Kapitalismus</b> .....	198

## ■ Politische Ökonomie von Krieg und Frieden

Lotta Suter	
<b>Der Krieg als Geschäft</b> .....	204
Conrad Schuhler	
<b>Ökonomisierung und Privatisierung des Krieges</b> .....	209
Joscha Schmierer	
<b>Eine alte Bekannte: The New World Order</b> .....	212

## ■ Abschluss: »... es kömmt drauf an, sie zu verändern«

Hans-Jürgen Urban	
<b>Die neue Mosaik-Linke – und ihre Chancen</b> .....	218
Jutta Sundermann	
<b>Im Doppelschritt Alternativen entwickeln und Protest sichtbar machen</b> .....	223
Frigga Haug	
<b>Die Vier-in-einem-Perspektive</b> .....	226
Heiner Geißler	
<b>Die Utopie einer neuen Weltwirtschaftsordnung</b> .....	231
<b>Die Autorinnen und Autoren</b> .....	235

# Auftakt



Heiner Flassbeck

## **Wunderbar – alle haben es gewusst**

Ist es nicht komisch? Wenn man ihren heutigen Worten lauscht, hat man den Eindruck, dass in Deutschland praktisch alle Wirtschaftssachverständigen und alle Wirtschaftspolitiker seit langer Zeit wussten, dass das mit den Finanzmärkten nicht gut gehen kann. Keiner, der sagt, da habe ich mich aber getäuscht, keiner der zugibt, vor ein paar Monaten noch fest an die Effizienz aller Märkte geglaubt zu haben, keiner der für die Privatisierung unserer Renten war, weil nur so auch einfache Menschen an den wunderbaren Gewinnen der Finanzmärkte beteiligt werden könnten, und keiner, der nicht dafür eingetreten wäre, die unsäglichen Heuschrecken aus Deutschland zu vertreiben, die Unternehmen mit hohen Schulden zu beladen, die Arbeitskräfte auszuquetschen und den Kram dann zu verschleudern.

Warum habe ich mich nur so allein gefühlt all die Jahre? Warum hat es einen Aufschrei in Deutschland und anderswo gegeben, als Oskar Lafontaine und Dominique Strauss-Kahn im Januar 1999 gemeinsam in *Le Monde* und in der *ZEIT* schrieben, »man müsse für mehr Transparenz sorgen und die Offenlegungsbestimmungen für Finanzinstitute verschärfen« (14. Januar 1999, S. 18)? Warum geiferten die deutschen Medien um die Wette, als ich 1998 vorschlug, genau solche Fälle von Währungsspekulation zu verhindern, die jetzt Island, Ungarn und anderen zum Verhängnis wurden? Warum wurde in Deutschland als Vaterlandsverräter geschmäht, der davon sprach, das marktwirtschaftliche und insbesondere das finanzielle System seien nicht stabil, sondern beide brauchten einen aktiven Staat, um überhaupt funktionieren zu können? Sogar der Sachverständigenrat, die »fünf Weisen«, die in 100 Jahren nicht darauf gekommen wären, von sich aus etwas über die Probleme an Finanzmärkten zu schreiben, haben diesmal ihr halbes Gutachten der Krise gewidmet.

Jetzt, wo alles zusammenzubrechen droht, haben es alle schon immer gewusst. Jetzt greift vor allem in den Vereinigten Staaten der Staat hart und konsequent durch, verstaatlicht praktisch alle großen Banken – und alle jubeln. Man hat erkannt, dass der Markt sich nicht selber heilen kann. Das System ist instabil. Nur »Vater Staat« kann die Finanzkrise unter Kontrolle bekommen. Dabei waren gerade die USA, was den Glauben an die Finanzmärkte betrifft, immer hochgradig dogmatisch. Erst im Angesicht der Krise handeln sie nun so pragmatisch, wie es schon lange vorher erforderlich gewesen wäre. Vor der Krise dagegen glaubte man bedingungslos an die Kraft der Märkte. Frei nach dem Motto: Die kriegen das von allein hin, die funktionieren und regulieren sich quasi von selbst.

Seit Jahrzehnten weise ich darauf hin, dass das auch im Denken der Liberalen oder Neoliberalen selbst ein systematischer Fehler war: Der berühmte Liberale Friedrich August von Hayek hat die Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Systems stets damit begründet, dass hier Millionen von Marktteilnehmern zusammentreffen, die alle über unterschiedliche und voneinander unabhängige Informationen verfügen, die der Markt dann in einen einheitlichen Preis für ein Gut verwandelt. Keine Regierung dieser Welt sei zu einer solchen Effizienz in der Lage.

Was aber weder in den Wirtschaftswissenschaften noch in der Politik verstanden wurde: Die Kapitalmärkte funktionieren anders als der Handel mit Kartoffeln und Maschinen – wie wir angesichts der gegenwärtigen Finanzmarktkrise eindringlich erleben. Bei den »wirklich großen Spielen« um Zinsen, Wechselkurse, Aktien, Immobilienpreise und Rohstoffe kommt eine Handvoll privilegierter Akteure zusammen, die alle überhaupt nicht mehr wissen, als der Staat weiß. Alle sind ferngesteuert von ein paar Informationen, die, für jeden zugänglich, permanent über die Bildschirme jagen und von allen Beteiligten in ähnlicher Weise gedeutet werden.

Wenn also bestimmte Ereignisse eintreten wie beispielsweise eine Rohstoffpreishausse oder sich irgendwo Zinsdifferenzen zwischen Staaten auf-tun, dann springen fast alle Spieler gleichzeitig auf diesen Zug und versuchen, sich eine goldene Nase zu verdienen. Das geht genau so lange gut, bis sie den Preis oder den Wechselkurs so weit weg von dem Wert getrieben haben, den die reale Welt, also die richtigen Menschen, zu verkraften in der Lage sind, bis es nicht mehr geht. Dann kollabiert das ganze Spielsystem, das meist nichts anderes ist als ein Kettenbriefsystem, bei dem jeder versucht, nicht der Letzte zu sein.

Dieses Spiel im großen Kasino namens Finanzmarkt wird dadurch noch absurder und natürlich riskanter, dass die gierigen Finanzmarktzocker und ihre Banker die eigenen Gewinne dadurch in die Höhe jubeln, dass man den Großteil der Spekulation mit Schulden finanziert. Man leiht sich also zu dem Geld, das man ohnehin schon in der Tasche hat, noch viel mehr Geld dazu und investiert es in Anlagen, die eine etwas höhere Rendite erbringen als der Zins, den man den anderen Banken oder den braven Anlegern zahlt. Das ist der große Hebel, mit dem Banken, Hedgefonds und so genannte Private-Equity-Fonds (die Heuschrecken) die Rendite auf das Eigenkapital in ungeahnte Höhen treiben können, wenn sie nur genügend Kredit bekommen. Das Schlimme ist, dass niemand gesehen hat, dass hier Spiele gespielt werden, bei denen immer der eine nur gewinnen kann, was ein anderer verliert. Wären alle Spekulanten mit dem geliehenen Geld lediglich ins Spielkasino gegangen, wäre der Spuk schnell zu Ende gewesen, ja, man hätte ihnen gar

kein Geld geliehen. Die Methode, die Renditen mit Schulden zu heben, funktioniert für das gesamte globale Finanzsystem nur dann eine Weile, wenn alle Spieler bestimmte Objekte finden, bei denen sie sich mit einer gewissen Plausibilität einreden können, sie würden hohe Renditen bei geringem Risiko bieten, weil die Preise für immer steigen oder der Wechselkurs immer in eine Richtung geht, weil die Zinsdifferenzen für immer bestehen bleiben.

So ein Objekt war der US-amerikanische Häusermarkt in den letzten zehn Jahren, so ein Objekt war auch Island, weil es scheinbar risikolos hohe Zinsen und eine starke Währung bot. In den 1920er Jahren übernahmen diese Rolle Aktien neu aufgekommener Konsumgüterhersteller und in den 1990er Jahren Aktien der Telekommunikation. Auch Unternehmen mit hohem Eigenkapitalanteil zu kaufen, ist neuerdings beliebt, weil man die Rendite allein dadurch hochjubeln kann, dass man Eigenkapital durch Schulden ersetzt. Letzteres tun so genannte Private-Equity-Firmen, also Unternehmen, die genau das Gegenteil dessen tun, was ihr Name sagt; sie vermindern nämlich systematisch das Eigenkapital, statt solches zur Verfügung zu stellen. Wo war bei dieser Spekulation gegen alle Grundsätze soliden Wirtschaftens die CDU, die in den 1980er Jahren fast kein anderes Thema kannte als die zu niedrige Eigenkapitalquote der deutschen Unternehmen? Wann hätte man aus dieser Ecke gehört, dass wenigstens die steuerliche Freistellung der Veräußerungsgewinne, die ein Herr Eichel umgesetzt hat, sofort wieder rückgängig gemacht werden muss?

Das Geschäftsmodell mit den Schulden ist zwar primitiv, kann aber doch kurzfristig hoch profitabel sein. Unterstützer gibt es viele. Die »Wissenschaft« hat über Jahre die »hohe Effizienz der Kapitalmärkte« gelobt, die Politik ist wie bei der Rente vor den »Werteschaftern« in den Banken und Versicherungen in die Knie gegangen und die Öffentlichkeit hat sich einreden lassen, wenn man nur spekuliert, bräuchte man eigentlich nicht mehr arbeiten, man würde mit dem schnellen Geschäft an den Finanzmärkten quasi ohne Risiko reich werden. Schließlich haben die Medien diese Kampagne in einer Weise mitgemacht, dass man den Verdacht haben muss, dass einige Spindoktoren daran gut verdient haben. Wie man der deutschen Öffentlichkeit gegen jede Vernunft weisgemacht hat, ihre Rente könnte wegen der Alterung nur mit dem großen Spiel an den Finanzmärkten sicher gemacht werden, war wahrlich genial. Dass auch öffentlich-rechtliche Sender dazu übergegangen sind, jeden Abend mehrfach vor, nach oder in den Nachrichten dümmliche Meldungen aus dem Kasino zu übertragen, spricht Bände.

Und noch etwas geht in dem allgemeinen Krisenverständnis vollkommen unter: Deutschland und andere Länder haben mit ihrer Wirtschaftspolitik entscheidend dazu beigetragen, dass die US-amerikanische Hypothekenkrise

weltweit streut und andere Länder in eine große Währungskrise geraten sind. Deutschland ist so unmittelbar betroffen, weil es einer der größten Gläubiger auf der Welt ist. Es war mitnichten, wie die deutsche Kanzlerin so gern behauptet, die laxe Geldpolitik der US-amerikanischen Zentralbank, die den Spekulationswahn über den Atlantik getrieben hat. Es waren vielmehr die deutschen Erfolge beim Gürtel-enger-Schnallen, die die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen und vieler anderer Wirtschaften unterhöhlt und zu den enormen Ungleichgewichten im internationalen Handel beigetragen haben. Nur dadurch sind weit mehr Gläubiger-Schuldner Beziehungen entstanden als jemals zuvor in der Wirtschaftsgeschichte. Nur wenn man selbst ein wichtiger Gläubiger ist, gerät man in Bedrängnis, wenn ein Schuldner über seine Verhältnisse lebt und das geliehene Geld verschleudert.

Das ist die besondere Tragik der Geschichte: Der deutsche Normalbürger, der sich die Exporterfolge sozusagen am Mund abgespart hat und den man auch noch quasi zum Spekulieren durch »Riestern« gezwungen hat, muss jetzt auch noch dafür einstehen, dass diejenigen, die seine dadurch entstandenen Ersparnisse unsolide angelegt und verzockt haben, gerettet werden. Haben wir etwas gelernt? Wann wird der erste Minister dieser Regierung eine Gesetzesvorlage vorlegen, die vorsieht, die kapitalgedeckte Rente sofort wieder einzustampfen und zu der guten alten, allein vom Staat und damit der gesamten Gesellschaft gedeckten, Rente zurückzukehren? Bevor das nicht geschieht, sollte man die Sprüche von der großen Transparenz und von der Reregulierung der Finanzmärkte, die derzeit so wohlfeil sind, einfach nicht glauben.

Saskia Sassen

## **Die Rückkehr zur ursprünglichen Akkumulation – unter Verwendung komplexer Finanzinstrumente**

Einer der markantesten Züge der in den 1980er Jahren beginnenden Periode ist die Verwendung extrem komplexer Instrumente bei der Inangriffnahme neuer Formen von ursprünglicher Akkumulation.

Global agierende Firmen, die hunderttausende von Jobs in Niedriglohnländer auslagern, mussten komplexe Organisationsstrukturen entwickeln, wobei sie teure und talentierte Experten einsetzten. Und zu welchem Zweck? Um mehr Arbeit zum niedrigstmöglichen Preis zu gewinnen, einschließlich der Hilfsarbeit, die selbst in den entwickelten Ländern ziemlich preiswert

zu bekommen ist. Das Gemeine daran ist, dass sich Millionen eingesparter Cents derzeit hinterrücks in Shareholdergewinne verwandeln.

Die Finanzwirtschaft hat einige äußerst komplizierte Finanzinstrumente entwickelt, um die kümmerlichen Ersparnisse bescheidener Haushalte abzuschöpfen, indem ihnen Kredite für Waren angeboten wurden, die sie nicht unbedingt brauchen, und, was noch schwerer wiegt, indem ihnen die Möglichkeit des Hauseigentums offeriert wurde. Das Ziel besteht darin, sich soviel wie möglich Kreditkartenbesitzer und Kreditnehmer zu sichern, sodass diese zu komplexen Investmentinstrumenten gebündelt werden können. Ob die Hypotheken oder die Kreditkarten bedient werden können, zählt weniger, als sich eine bestimmte Anzahl von Darlehen zu sichern, die sich zu »Investment-Produkten« zusammenfassen lassen. Und sind sie erst einmal gebündelt, dann ist der Investor nicht länger von der Fähigkeit der Einzelnen abhängig, das Darlehen oder die Hypothek zurückzuzahlen. Indem sie unglaublich komplexe »Produkt«-Ketten nutzten, haben Investoren auf dem Rücken gering verdienender Menschen Billionen über Billionen Dollar Profit gemacht. Das ist die Logik der Finanzialisierung, die so dominant geworden ist, seit wir in den 1980er Jahren in die neoliberale Ära eingetreten sind.

Auf diese Weise haben in den USA, die den »ground zero« dieser Formen von ursprünglicher Akkumulation bilden, täglich im Durchschnitt 10.000 Hausbesitzer bei Zwangsvollstreckungen ihr Zuhause verloren. Und schätzungsweise zehn bis zwölf Millionen Haushalte in den USA werden innerhalb der kommenden vier Jahre nicht in der Lage sein, ihre Hypotheken zurückzuzahlen und, unter den gegebenen Bedingungen, ihr Heim verlieren. Das ist eine brutale Form ursprünglicher Akkumulation: Konfrontiert mit der Möglichkeit (welche zumeist eine Phantasie, ja eine Lüge ist), ein Haus zu besitzen, werden Geringverdiener ihr mühsam Erspartes oder ihre künftigen Einnahmen in eine Sofortzahlung stecken.

Dieser Komplexitätstyp, der darauf abzielt, Extraprofite von welcher sozialen Schicht auch immer – von den niedrigen und bescheidenen bis zu den oberen und reichen – abzuschöpfen, erklärt auch, warum sich unser Finanzsystem in einer permanenten Krise befindet. Denn das, was wir als Krise bezeichnen, ist eben Teil dessen, wie der gegenwärtige Finanzkapitalismus funktioniert – das ist business as usual! Die Finanzialisierung von immer mehr Bereichen der Wirtschaft, die seit den 1980er Jahren zu beobachten war, ist zum Zeichen sowohl der Kraft als auch der Selbsterstörung dieser Finanzlogik geworden. Wenn alles finanzialisiert worden ist, dann kann das Finanzwesen keinen Extraprofit mehr abschöpfen. Es muss sich auf nicht-finanzialisierte Bereiche stützen können. Die äußerste Grenze besteht im Geld der Steuerzahler – in realem, nicht-finanzialisiertem Geld alten Typs.

Das Besondere an der derzeitigen Krise besteht darin, dass der Finanzkapitalismus an die Grenzen seiner eigenen Logik stößt. Er war extrem erfolgreich bei der Wertabschöpfung von allen Wirtschaftsbereichen, indem er sie der Finanzialisierung unterwarf. Er hat einen derart großen Teil der nationalen Wirtschaften speziell in den hochentwickelten Staaten durchdrungen, dass diejenigen Teile der Wirtschaft, in die er gehen kann, um zur eigenen Rettung nicht-finanzialisiertes Kapital abzuschöpfen, zu klein geworden sind, um die Menge an Kapital zur Verfügung zu stellen, das zur Rettung des gesamten Finanzsystems gebraucht wird. Der globale Wert der Finanzanlagen (das heißt: Schulden) in der gesamten Welt war im September 2008, als die Krise ausbrach, dreieinhalb Mal so hoch (160 Billionen Dollar) wie der Wert des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das Finanzsystem kann nicht dadurch gerettet werden, dass wir all das Geld, über das wir verfügen, hineinpumpen.

Das wiederum macht den extremen Missbrauch ganzer Wirtschaften verständlich, wie er durch extreme Formen der Finanzialisierung möglich geworden ist. So belief sich zum Beispiel in den USA der Wert der Finanzanlagen vor der derzeitigen »Krise« auf 450% des BIP (McKinleyReport 2008), d.h. auf das 4,5-fache des BIP. In der EU betrug er 356% des BIP. Der Gesamtwert der Finanzanlagen in Deutschland zum Beispiel betrug im Oktober 2008 9 Billionen Dollar. Allgemeiner gesprochen wuchs die Zahl der Länder, in denen die Finanzanlagen den Wert ihres BIP übersteigen, von 33 im Jahre 1990 auf 72 im Jahre 2006, also auf mehr als das Doppelte.

Lassen wir die Frage beiseite, ob wir in einer kapitalistischen Wirtschaft leben wollen – aber selbst kapitalistische Wirtschaften brauchen keine Finanzanlagen, die viermal so hoch sind wie der Wert des Bruttoinlandsprodukts. Selbst innerhalb der kapitalistischen Logik machte es keinen Sinn, immer mehr Geld in den Finanzsektor zu stecken, um die Finanz-»Krise« zu lösen. Dies würde den Strudel der finanzialisierten Wirtschaften nur vertiefen. Die Finanzialisierung in Europa hat in der letzten Dekade stärker zugelegt als in den USA, hauptsächlich deswegen, weil sie bei einem niedrigeren Niveau einsetzte: Sie wuchs zwischen 1996 und 2006 mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 4,4%, verglichen mit der US-Rate von 2,8%.

Eine andere Methode auszumachen, wo wir uns derzeit befinden, besteht darin, einen Blick auf die jeweiligen Größenordnungen zu werfen, um die es im Bank- und Finanzwesen geht. So betrug im September 2008, als die derzeitige Phase der Krise ausbrach, der Wert der Bankeinlagen mehrere Billionen Dollar; der Gesamtwert der Credit Default Swaps (CDS) jedoch – und dies brachte das Fass zum Überlaufen – betrug fast 60 Billionen Dol-



lar, mehr als das globale BIP; das waren fällige Schulden, aber es gab kein Geld, um sie zu begleichen. Allgemeiner, und um einen Einblick in die Größenordnungen zu verschaffen, die das Finanzsystem in den letzten beiden Jahrzehnten geschaffen hat: Der Gesamtumfang der Derivate (einer Form von Schulden), des üblichsten Finanzinstruments, betrug mehr als 600 Billionen US-Dollar. Finanzanlagen sind sehr viel schneller gewachsen als jeder andere Wirtschaftssektor.

Diese Zahlen führen vor Augen, dass wir uns nunmehr in einer extremen Situation befinden, aber diese ist weder anormal noch durch äußere Faktoren erzeugt, wie das der Begriff »Krise« nahe zulegen scheint. Das ist die normale Art und Weise, auf welche dieser besondere Typ von Finanzsystem funktioniert. Und jedes Mal, wenn wir – seit der ersten Krise dieser Phase, dem New Yorker Aktienmarkt-Crash von 1987 – das Finanzsystem retten, haben unsere Regierungen der Finanzwelt die Instrumente gegeben, um ihre Leverage-Stampede fortzusetzen.

Seit den 1980er Jahren, der Dekade, in der die neue Finanzialisierungsphase einsetzte, hatten wir fünf Rettungsaktionen. Jedes Mal wurde das Geld der Steuerzahler benutzt, um Liquidität in das Finanzsystem zu pumpen. Und jedes Mal nutzte es die Finanzwelt zur Leverage. Dieses Füllhorn ist bald leer – wir haben das Geld ausgegeben, um den enormen Bedarf des Finanzsystems zu befriedigen.

Eine der größten Herausforderungen auf dem Weg aus unserem derzeitigen Kapitalismus heraus besteht darin, unsere Wirtschaften zu entfinanzialisieren. Der Verschuldungsgrad in den USA ist heute höher als während der Depression der 1930er Jahre. In den USA betrug die Verschuldung 1929 150% des BIP, 1932 260%. Im September 2008 beliefen sich die auf die Credit Default Swaps, eines amerikanischen Produkts (und nur einer Form von Schulden), fälligen Schulden auf mehr als 400% des BIP. Global betragen die Schulden im September 2008 160 Billionen (also das Dreifache des globalen BIP), und der Wert der ausstehenden Derivate beläuft sich auf unvorstellbare 640 Billionen Dollar, was dem 14-fachen des BIP aller Länder der Erde zusammen entspricht.

Entfinanzialisierung wird es erforderlich machen, sich auf einige grundsätzliche Fakten zu konzentrieren. Schätzungen zufolge beträgt die Zahl der Arbeitslosen auf globaler Ebene derzeit 50 Millionen. Das ist tragisch für die Betroffenen. Aber das zeigt auch, wie begrenzt diese Anzahl ist, verglichen mit den zwei Milliarden Menschen in der Welt, die hoffnungslos arm sind. Wie dem auch sei – wenn wir überlegen, wie viele »Jobs« in einem System entstehen könnten, das darauf gerichtet wäre, diese zwei Milliarden Menschen mit Wohnraum und Nahrungsmitteln zu versorgen: Dann wür-

den weltweit eben jene derzeit 50 Millionen Arbeitslose gebraucht werden – und noch eine Milliarde Arbeiter dazu! Es würde uns dabei helfen, uns wieder auf die Arbeit zu konzentrieren, die getan werden müsste, um alle Menschen mit Wohnraum zu versorgen, unser Wasser zu reinigen, unsere Gebäude und Innenstädte zu begrünen, eine nachhaltige Landwirtschaft (einschließlich einer urbanen) zu entwickeln, Gesundheitsdienste für alle einzurichten etc. Es würde all diejenigen einstellen, die an Arbeit interessiert sind. Wenn wir all die Arbeit in Rechnung stellen, die getan werden müsste, dann macht Massenarbeitslosigkeit keinen Sinn.

### **Könnte unsere Finanzkrise als eine der Brücken zu einem neuen Typ von Gesellschaftsordnung dienen?**

Die Geschichte legt nahe, dass eine auf Profitmaximierung ausgerichtete Marktwirtschaft uns nicht dorthin führen wird. Doch die Geschichte zeigt uns auch, dass mancher Mix von gut funktionierenden Märkten und einem starken Wohlfahrtsstaat die besten Ergebnisse erzielt hat, wie etwa im Fall der skandinavischen Länder. Obzwar auch in diesen Ländern die Ungleichheit zunimmt, so gibt es doch einen festen Boden, unter welchen die Regierungen das Volk nicht fallen lassen.

In Begriffen der Arbeit zu denken, die zu leisten ist, bedeutet, in einen ökonomischen Raum einzutreten, der sich von dem der Hochfinanz grundsätzlich unterscheidet. So scheint die derzeitige Debatte in Westeuropa und den USA über die Rettung des Finanzsystems nur eine Finanzlösung zu erwägen. Finanzlösungen in unserer gegenwärtigen Welt erfordern viele, viele Billionen Dollars oder Euro oder Pfund. Doch unsere Wirtschaften wachsen zu lassen erfordert (nur) Milliarden.

Selbst in einem so großen Land wie den USA würde ein Ausweg aus der Krise, unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, Milliarden und nicht die Billionen der Hochfinanzwelt erfordern. Und die USA setzen bei einem ziemlich niedrigen Niveau ein, mit einer Wirtschaft, in der ein Drittel der Arbeitsplätze unter der Norm liegt; wegen der hohen Anzahl an Arbeitsunfällen – darunter auch tödlichen – stehen die USA diesbezüglich weltweit an 47. Stelle. Ihre Infrastruktur wird zwischen mittelmäßig und schlecht eingestuft. So wurden 2007 26% der 599.893 Brücken im Lande als strukturell mangelhaft oder funktionell veraltet bewertet: Ihre Sanierung würde 20 Milliarden Dollar kosten. Zum Vergleich: Wir haben unseren Banken acht Billionen Dollar ausgehändigt, und das hatte keine Auswirkungen auf die Finanzkrise. Selbst bei einer mittelmäßigen Infrastruktur wie in den USA belaufen sich die Basismittel, um sie wieder herzurichten, auf Milliarden und nicht auf Billionen Dollar.

In den letzten Jahrzehnten verfügten wir über die Technologie, um Krankheiten zu beseitigen, die Millionen von Menschen befallen, und die Kapazität, um genug Nahrung für alle herzustellen. Doch tatsächlich geschah das Gegenteil: Millionen über Millionen sterben an heilbaren Krankheiten, und noch mehr Menschen hungern. Armut ist radikaler geworden: Arm zu sein bedeutete, ein Stück Land zu besitzen, das nicht mehr abwarf. Heute bedeutet es, nur den eigenen Körper zu besitzen. Wir beobachten einen Typ radikaler Armut im globalen Süden, aber auch in den reichen Ländern. Und wir haben die anwachsende Ungleichheit beobachtet, mit einer neuen globalen Klasse von Superreichen und der Verarmung der alten Mittelklassen. In Sektoren wie der Pharmaindustrie und bei den großen Nahrungsmittelkonzernen ist Profitmaximierung die dominante Logik. Der Zuwachs an Finanzialisierung der Marktwirtschaften in den letzten 20 Jahren hat die negativen Effekte der Logik der Profitmaximierung weiter verschärft.

*Aus dem Englischen von Effi Böhlke*

Daniela Dahn

## **Der Kapitalismus muss aufhören, er selbst zu sein**

Nun also zwingt der Kapitalismus uns die Systemfrage zu stellen – wer hätte das vor 20 Jahren gedacht? Ich wollte immer in einer Demokratie leben, aber nie im Kapitalismus. Das war mir schon in der DDR klar. Entsprechend gemischt waren meine Empfindungen und Erwartungen in der Wende und während des Einigungsprozesses. Als Gründungsmitglied des Demokratischen Aufbruchs hatte ich wie viele andere gehofft, die friedliche Revolution würde auf beiden Seiten zu Veränderungen führen. Denn eigentlich weiß man doch seit den Anfangszeiten des Club of Rom: Demokratie und Marktwirtschaft in ihrer gegenwärtigen Form sind ungeeignet, das Überleben der Menschheit zu garantieren. Doch der Aufbruch endete in einer Restauration, der Osten ist eine schlechte Kopie des Westens geworden.

Die dirigistische und undemokratische DDR ist nicht nur zu Recht gescheitert – ihr Verschwinden hat langfristig auch den Weg frei gemacht für neue Ansätze. Denn wenn die Niederlage nicht gleichzeitig die Lösung des Problems ist, gibt es dann nicht hinreichend Gründe, aus der Geschichte zu lernen und neu zu starten?

Ironischerweise hat diese Geschichte den Sozialismus in einem Moment untergehen lassen, in dem die Gesellschaft das, was der Kapitalismus am besten kann, eigentlich schon nicht mehr braucht: die Steigerung von Effektivität. Die moderne Technik hat soviel Zeit eingespart, dass sie nun im Überfluss zur Last wird. Geronnen im wachsenden Heer der Arbeitslosen. Ihre Zeit ist kein Geld. Sie kostet Geld. Es ist soviel brachliegende Zeit organisiert worden, dass Zeit im Grunde nichts Kostbares mehr ist.

Andererseits wird der Klimawandel uns lehren, unser Verständnis von Effektivität an die Vermeidung von Energieeinsatz und Transport zu koppeln, an den Verlust von Produktivität und Wachstum also. Die bedenkliche Zunahme an Stresskrankheiten wird hoffentlich zu der Einsicht führen, dass Leistungsdruck nicht beliebig gesteigert werden kann. Wenn der Kapitalismus überleben will, muss er lernen, Ineffizienz auszuhalten. Also Menschlichkeit, denn der Mensch ist von Natur aus ineffizient. Das System der Profitmaximierung muss ausgewechselt werden gegen die Vernunftmaximierung. Der Mensch ist ein vernunftbegabtes Wesen. Er verfügt über die Einsicht in die Notwendigkeit, aber nicht über die Freiheit, nach dieser Einsicht zu handeln.

Der Zwang zur Profitmaximierung hindert ihn daran. Kapitalismus ist permanente Steigerung der Effektivität. Wenn der Kapitalismus überleben will, muss er aufhören, er selbst zu sein.

Wie es ihm der Sozialismus vorgemacht hat. Die Schwierigkeit ist, dass dessen Ansatz gescheitert ist und dennoch, von klüger Gewordenen, wiederholt werden muss. Wie es unvollendete Revolutionen so an sich haben. Wollen sie eines Tages siegreich sein, dürfen sie sich keinen Rückgriff auf Dirigismus, auf Dogmatismus leisten – dann muss schon etwas auf dieser Welt noch nicht Dagewesenes herauskommen: Demokratie plus Gemeineigentum zumindest an den wichtigsten Naturgütern, Dienstleistungen und Produktionsmitteln. Und die im Privatbesitz verbleibenden Unternehmen unterlägen demokratischer Kontrolle. So wären wirtschaftliche Machtgruppen einzuengen.

Ist die repräsentative Demokratie so autonom, die Interessen der Kapitaleigner einzuschränken? Will sie es überhaupt sein? Nicht, um eine Politik gegen die Wirtschaft zu machen, sondern eine Wirtschaft für das Allgemeinwohl. Seinen Grünen hat der späte Joschka Fischer einst zugerufen: Ihr glaubt doch wohl nicht, dass ihr Politik gegen die internationalen Finanzmärkte machen könnt! Wenn er Recht hatte, dann kann Politik in der Marktwirtschaft endgültig einpacken. Soviel dürfte die andauernde Krise gelehrt haben. Wenn er nicht Recht hatte und es ihm nur an Kühnheit fehlte, dann ist Umdenken angesagt.

Der Arbeitsplätze vernichtende Shareholder Value, den ich mit Mehrhoher Value übersetze, wäre durch ein modifiziertes Börsengesetz weitgehend zu beschränken. Die viel gescholtenen Hedgefonds, die produktives Kapital durch Spekulation vernichten und mit ihrem Selbstvermehrungsanspruch von bis zu 40% Rendite ganze Volkswirtschaften ins Wanken bringen, sind verbotbar. Kanzler Schröder glaubte auch, nicht gegen die Wirtschaft regieren zu können. Dann regiert die Wirtschaft eben gegen die Politik.

Als gefährlichster Mann der Welt galt Finanzminister Lafontaine einst, weil er genau das wollte – Gesetze, die den Finanzmärkten das Heft aus der Hand nehmen. Damals haben ihn alle, selbst in seiner Partei, im Regen stehen lassen. Heute ist er immer noch der Einzige, der im Bundestag sagt: »Wir müssen gegen die internationalen Finanzmärkte regieren, um endlich wieder Ordnung in das System zu bringen.« Auch wenn heute alle ahnen, dass er Recht hat, verhindern mächtige Interessengruppen ein deutliches Abweichen vom Status quo.

Das ist die Kardinalfrage, von der niemand behaupten möge, sie sei geklärt: Wer macht die Regeln der Wirtschaft? Der staatliche Plan allein war dazu unfähig, aber die Finanz- und Kapitaleigner allein sind es auch. Die soziale Frage ist so ungelöst, wie lange nicht mehr. Wenn demokratische Politik nicht die Regeln der Wirtschaft und damit der bürgerlichen Gesellschaft bestimmt, klonen sich vor aller Augen Plutokratien. Erst in jüngster Zeit häuft sich eine Diagnose, die bislang tabuisiert war: Demokratie und Kapitalismus sind nicht identisch.

Unerlässlich für die Verteidigung der Demokratie wäre die Rückgewinnung des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft. Wer ein solches Primat schon einmal erlebt hat, hält die Forderung weder für naiv, noch für unrealistisch. Die Lehre aus dieser Erfahrung besteht vielmehr darin, dass sich eine Politik, die ein Primat beansprucht, permanent demokratisch legitimieren muss. Diese Legitimation bekommt sie weder vom Politbüro, noch vom Markt. Gerade weil die Produktionsweise das bestimmende Element des Lebens ist, müssen ihre Regeln vom Souverän erlassen werden.

Das Ergebnis könnte eine gemischte Ökonomie mit vielfältigen Eigentumsformen sein, die eine neue Balance zwischen Markt und Plan findet, und weder zentralistisch noch dereguliert ist. Wenn aber Maximalprofit das einzige Unternehmensziel bleibt, müssen Löhne gesenkt und Belegschaften halbiert, die Arbeitszeiten erhöht, die Leistungen für Soziales und Forschung vermindert werden. Kaum hat die Konkurrenz nachgezogen, wird das Ganze zum allgemeinen Standard erklärt, ohne dass irgend ein sozialistischer Weltgewerkschaftsbund protestieren, geschweige denn ein sozialistisches Land Alternativen vorleben könnte. Diese Barrieren hat die so-

zialistische »zweite« Welt vielleicht als letzte Rache mit sich fortgerissen. Erst nach der Sowjetära erfolgte der Sprung von der sozialen Marktwirtschaft zur radikalen.

Der dunkle Punkt des Kapitalismus besteht gerade darin, dass er die ihm Ausgesetzten bei Strafe ihres Unterganges zwingt, jeden Unsinn, jedes Risiko, jedes Übervorteilen mitzumachen, um so profitabel wie möglich zu sein. Niemand hat die Freiheit, davon abzuweichen. Wo kein Maximalprofit, da kein Kapitalismus. Wo keine Maximaleffizienz, da kein Überleben. Ein Hamsterrad ohne Schlupfloch, das nicht ruht, bis alle verhamstern.

Im privatkapitalistischen System gibt es zu viele Anreize, die dem Gemeinwohl widersprechen. Die Börse stimuliert falsch. Sie setzt ohne Vernunft auf kurzfristige Gewinne. Werden Leute entlassen, um die Verbleibenden härter auszubeuten, steigen die Kurse. Werden Renditeopfer wegen langfristiger nötiger Investitionen angemahnt, gibt es Kursverluste.

Darf der Staat künftig solche privatrechtlichen Beziehungen regeln oder darf das nur die Aktionärsversammlung? Das ist die Frage nach dem öffentlichen Eingriff in das private Eigentum, also die Frage nach dem Wirtschaftssystem. Doch gerade diese untaugliche Variable des westlichen Systems verteidigt sich leider hartnäckiger, als dessen absolut unverzichtbare Bestandteile: Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat.

Der italienische Philosoph Paolo Flores d'Arcais warnt: »Immer häufiger sind daher Staaten, die wir als Demokratien bezeichnen, in Wirklichkeit Demokratien im Niedergang. Und es ist keineswegs ein bloßer Albtraum, wenn man fürchtet, Westen und Osten, erste Welt und zweite Welt würden unmerklich auf ein neues »Entwicklungsmodell« zusteuern: auf einen Kapitalismus ohne Demokratie.«

Immanuel Wallerstein, der Soziologie an der Yale University gelehrt hat, gibt uns immerhin noch eine Chance: »Wir können zuversichtlich davon ausgehen, dass das gegenwärtige System keine Zukunft hat. Doch welche neue Ordnung als Ersatz ausgewählt werden wird, können wir nicht voraussagen, denn diese Entscheidung erwächst aus dem Gegeneinander einer unendlichen Vielzahl von Einzelbestrebungen. Früher oder später aber wird ein neues System installiert. Das wird kein kapitalistisches System sein. Es wird jedoch möglicherweise weitaus schlimmer (noch polarisierender und noch hierarchischer) oder auch viel besser (nämlich relativ demokratisch, relativ egalitär) sein als ein solches. Das Ringen um die Auswahl eines neuen Systems ist jetzt die wichtigste, weltweit ausgetragene Auseinandersetzung unserer Zeit.«

Die Aufgabe besteht meines Erachtens darin, Demokratie und Rechtsstaat nicht nur zu verteidigen, sondern auszubauen, während gleichzeitig das ab-

solutistische kapitalistische Wirtschaftssysteme überwunden werden muss. Wollen wir zu einem demokratischen und sozialen Europa kommen, muss der Neoliberalismus durch eine Wirtschaftsdemokratie ersetzt werden.

Frank Bsirske

## **Gewerkschaftliche Alternativen in der Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus**

Mit der aktuellen Weltwirtschaftskrise geht die über 20-jährige Epoche des Neoliberalismus zu Ende. Sein Dogma ist der Glaube an die selbstregulierende Kraft des Marktes. Durch die Befreiung der Märkte von der vorgeblichen Last einer hohen Staatsquote, von den so genannten Fesseln politischer Regulierung, von der behaupteten Vormacht staatlicher Monopole, von der beklagten Dominanz eines Machtkartells der Tarifvertragsparteien sollte eine Dynamik frei gesetzt werden, die Wachstum, Wohlstand und Freiheit für alle schaffen sollte. Dieses Dogma ist nicht nur gescheitert, es hat die Krise mit verursacht.

Ausgelöst wurde die Krise durch immense Spekulationen: Gegenstand von Spekulationen waren Kredite unterschiedlicher Art (vor allem auf Kreditausfallversicherungen), Unternehmen, die von Private Equity- und Hedge Fonds aufgekauft wurden, Wertpapiere, ja sogar Rohstoffe und Nahrungsmittel.

Ermöglicht wurden diese Spekulationswellen durch die fast komplette Deregulierung der globalen Finanzmärkte. Es gab so gut wie keine Regeln, so gut wie keine funktionierende Aufsicht und schon gar keinen Versuch, die Geschwindigkeit und den Umfang dieser immensen Finanztransaktionen zu bremsen. Im Gegenteil: Jeder Vorschlag, den Casino-Kapitalismus einzugrenzen oder seine Dynamik zu bremsen, wurde strikt abgelehnt.

Basis des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ist die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums hin zu den Finanz- und Kapitalmärkten. Die Börsenkapitalisierung der Unternehmen hat den Shareholder-Value zum Leitbild der Unternehmenspolitik und der Unternehmensführung gemacht. Die systematische steuerliche Entlastung der Bezieher hoher Einkommen, von Vermögensbesitzern und Unternehmen hat die Gewinne und Vermögen explodieren lassen. Dieses Geld floss dann auf der Suche nach der höchsten Rendite in hohem Maße in spekulative Kapitalanlagen. Zu-

sätzlich hat die Teilprivatisierung der Rentensysteme Kapital an die Börsen strömen lassen.

Der neoliberalen Politik der Privatisierung und Deregulierung stellen Gewerkschaften die Forderungen nach einer Re-Regulierung der Finanzmärkte, einem sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und der Demokratisierung der Wirtschaft entgegen. Die Finanzmärkte müssen einer konsequenten politischen Kontrolle unterworfen werden, die Korrekturen dürfen nicht nur kosmetischer Natur sein. Darum müssen alle Verabredungen der G20 schnell in die Praxis umgesetzt und wirksam werden. Auch in Europa muss die Kapitalverkehrsfreiheit, eine der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes, eingeschränkt werden. Die strikte Kontrolle und Aufsicht aller Märkte, Akteure und Produkte, das Verbot hochspekulativer Anlagen, Vorschriften zur Eigenkapitalunterlegung von Krediten und Fondsgeschäften sowie europäische Mindeststeuersätze, um Steuerflucht und Steuerdumping zu verhindern, gehören zum Mindeststandard regulierter Finanzmärkte. Kreditinstitute sind Kapitalsammelstellen, deren Aufgabe es ist, Verbraucher und Unternehmen mit Geld und Kredit zu versorgen und den Handel finanziell abzusichern. Börsen sind Handelsplätze, auf denen sich Unternehmen mit Kapital eindecken und auf denen ihre Anteile gehandelt werden. Diese Funktionen müssen Kreditinstitute und Börsen wahrnehmen – und sie darauf zu beschränken, muss Ziel aller Regulierung und Aufsicht sein. Damit wird der Finanzmarkt-Kapitalismus nicht abgeschafft, aber in politisch definierte Schranken verwiesen.

Die Krise aber ist nicht nur die Krise eines deregulierten Finanzsystems. Sie ist auch die Krise eines globalen Entwicklungsmodells, das über die mit der Globalisierung verschärfte Konkurrenz zwischen Produktionsstandorten und der damit einhergehender Exportorientierung vieler Volkswirtschaften – in Europa insbesondere der deutschen – gigantische Leistungsbilanzungleichgewichte produziert hat. Dieses Entwicklungsmodell basierte auf systematischer Verschuldung der Defizitländer bei gleichzeitiger Lohnzurückhaltung und mangelndem privaten Konsum in Ländern wie der Bundesrepublik. Bedingt durch die Finanzmarktkrise und dem hohen Einkommensverlust vieler Menschen vor allem in den USA, der zum Wegbrechen der privaten Konsumnachfrage führte, sinken die Verkaufszahlen exportierter Güter und es verwandelt sich die Stärke der Exportökonomien nun in ihre Schwäche.

Die Alternative besteht in einer stärker binnenwirtschaftlichen Orientierung, bei der der private Konsum über Lohnsteigerungen und den Ausbau von Sozialleistungen stimuliert wird und über öffentliche Investitionen und staatliche Strukturpolitik ein Umbau der Ökonomie eingeleitet wird. Mit



Hilfe eines Konjunktur- und Zukunftsinvestitionsprogramms von jährlich 100 Mrd. Euro können in Deutschland zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen, Bereiche wie Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit und Pflege verbessert und ein ökologischer Umbau finanziert werden. Teil dieses Umsteuerns muss auch die Stärkung des Sozialstaats sein. Eine soziale Antikrisenpolitik muss dem Leitbild eines aktiven Sozialstaats verpflichtet sein. Es geht darum, die sozialen Sicherungssysteme zu stärken und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen. Finanziert werden soll das Konjunktur- und Zukunftsinvestitionsprogramm unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine höhere Erbschaftsteuer und eine Finanztransaktionssteuer (vgl. ver.di 2009).

Und schließlich geht es uns darum, demokratisch legitimierte Entscheidungen in Politik und Wirtschaft zu stärken. Unter der vom Neoliberalismus propagierten Vorherrschaft des Marktes hat auch die Qualität demokratischer Prozesse gelitten und die politischen Systeme haben sich in Richtung einer »Postdemokratie« entwickelt (vgl. Crouch 2008). Politik hat sich zunehmend auf privatwirtschaftliche Lobbygruppen, Expertengremien und »spin doctors«, auf Marketing und die massenmediale Präsenz von politischen Führungskräften verlassen. Durch Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Public-Private-Partnerships oder auch die Unabhängigkeit der zentralen Banken wird die Möglichkeit, demokratisch legitimierten politischen Einfluss zu nehmen, systematisch beschränkt. Schließlich wurden durch verschiedene Urteile des Europäischen Gerichtshofs soziale Grundrechte wie das Streikrecht gegenüber ökonomischen Freiheiten wie dem freien Dienstleistungsverkehr und der Niederlassungsfreiheit faktisch als nachrangig bewertet. Diesen Prozessen der Entdemokratisierung wollen wir eine Stärkung der politischen Demokratie und der sozialen Grundrechte entgegensetzen. Hierzu müsste das Europäische Parlament ein echtes, die bisherigen Einspruchsmöglichkeiten überschreitendes Initiativrecht in der Gesetzgebung erhalten. Der Vorrang sozialer Grundrechte vor den Marktfreiheiten könnte durch die Einführung einer sozialen Fortschrittsklausel erreicht werden.

Neben einer gestärkten politischen Demokratie muss im Zeichen der Krise auch die Demokratisierung der Wirtschaft wieder auf die Tagesordnung. Die Entscheidung darüber, was, wie und mit welchen Mitteln in einer Gesellschaft produziert wird, muss gesellschaftlichem Einfluss zugänglich gemacht werden. Um Ziele wie Vollbeschäftigung, gute Arbeit und die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie verwirklichen zu können, benötigen wir eine Demokratisierung der Wirtschaft. Über die wesentlichen konkreten Elemente eines wirtschaftsdemokratischen Konzepts unter den

Bedingungen der Globalisierung, also Eigentumsformen, die Art der makroökonomische Rahmenplanung, die Ausdehnung der Mitbestimmung im Betrieb und im Unternehmen, die Rolle von Verbrauchern neben Gewerkschaften und Arbeitgebern, gilt es einen Verständigungsprozess in der Gesellschaft in Gang zu setzen. Dabei kommt Gewerkschaften, aber auch sozialen Bewegungen eine zentrale Rolle zu.

### **Literatur**

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt a.M.

ver.di (2009): Solidarisch aus der Krise, Berlin

Robert P. Brenner<sup>1</sup>

## **Die Krise wird der Großen Depression gleichkommen**

*Seongjin Jeong: Die meisten Medien und Analysten bezeichnen die derzeitige Krise als eine »Finanzkrise«. Stimmen Sie dieser Charakterisierung zu?*

*Robert Brenner:* Es ist verständlich, dass die Analysten der Krise am Zusammenbruch des Bankwesens und des Wertpapiermarkts angesetzt haben. Aber die Schwierigkeit ist, dass sie nicht tiefer gegangen sind. Die wesentliche Quelle der heutigen Krise ist die nachlassende Dynamik der fortgeschrittenen Ökonomien seit 1973, und insbesondere seit 2000. Die Wirtschaftsleistung in den USA, Westeuropa und Japan ist, Konjunkturzyklus um Konjunkturzyklus, was sämtliche makroökonomische Standardindikatoren angeht – BIP, Investitionen, Realeinkommen und so weiter –, stetig gesunken. Am aufschlussreichsten ist, dass der gerade zu Ende gegangene Konjunkturzyklus von 2001 bis 2007 der bei weitem schwächste der Nachkriegszeit war, und zwar trotz des stärksten staatlich finanzierten wirtschaftlichen Impulses der US-amerikanischen Geschichte in Friedenszeiten.

---

<sup>1</sup> Im Interview mit Seongjin Jeong (Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Gyeongang National University in Südkorea und Herausgeber der Zeitschrift Marxism 21). Das Interview erschien am 29.1.2009 in The Hankyoreh/Südkorea. Eine ausführlichere deutsche Version erschien in *Sozialismus*, Heft 3/2009.

*Wie erklären Sie sich die langfristige Abschwächung der Realwirtschaft seit 1973, also das, was Sie in Ihrem Werk »Boom & Bubble«<sup>2</sup> den »langen Ab-schwung« nennen?*

Hauptsächlich dafür verantwortlich ist eine starke und anhaltende Abnahme der Renditen für Kapitalinvestitionen seit Ende der 1960er Jahre. Dass die Profitrate sich nicht erholt hat, ist umso bemerkenswerter, als die Steigerung der Realeinkommen in diesem Zeitraum stark zurückgegangen ist. Die Hauptursache, wenn auch nicht die einzige Ursache für die Abnahme der Profitrate ist eine anhaltende Tendenz zur Überkapazität in der weltweiten verarbeitenden Industrie. Eine neue Industriemacht nach der anderen stieg in den Weltmarkt ein – Deutschland und Japan, die nordostasiatischen Schwellenländer, die südostasiatischen Tiger und schließlich der chinesische Leviathan. Diese später entwickelten Ökonomien produzierten die gleichen Güter wie die früher entwickelten, nur billiger. Dies führte in einer Branche nach der anderen zu einem zu großen Angebot im Verhältnis zur Nachfrage, sodass die Preise, und damit auch die Profite, sanken.

Darüber hinaus stiegen die Unternehmen, die einen Druck auf ihre Profite verspürten, nicht kleinlaut aus ihrer Branche aus, sondern versuchten mit Hilfe ihrer Innovationskapazitäten ihren Platz zu behaupten und verstärkten daher die Investitionen in neue Technologien. Doch dies steigerte die Überkapazitäten natürlich noch weiter. Aufgrund des Abfalls ihrer Rendite erhielten Kapitalisten für ihre Investitionen geringere Gewinne. Daher hatten sie keine andere Wahl, als das Expansionstempo ihrer Betriebe, des dort angelegten Kapitals und der Beschäftigung zu drosseln. Gleichzeitig hielten sie, um die Rentabilität wiederherzustellen, die Löhne niedrig, und die Regierungen reduzierten das Wachstum der Sozialausgaben. Doch langfristig zogen all diese Ausgabenkürzungen ein Problem der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach sich, deren anhaltende Schwäche die unmittelbare Quelle der langen Wirtschaftsflaute ist.

*Sie haben in prophetischer Weise die derzeitige Krise sowie die Rezession von 2001 vorhergesagt. Was ist Ihre Prognose für die Weltwirtschaft heute? Wird es ihr noch schlechter gehen, oder wird sie sich noch vor Ende 2009 erholen? Erwarteten Sie, dass die derzeitige Krise so schwer wird wie die Große Depression?*

---

<sup>2</sup> Brenner, Robert (2003): Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft, Hamburg; ders. (2004): Neuer Boom und neuer Bubble?, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, Heft 4/2004.

Die derzeitige Krise ist ernster als die bislang schlimmste Rezession der Nachkriegszeit zwischen 1979 und 1982, und wird möglicherweise der Großen Depression gleichkommen, obwohl man das nicht wirklich wissen kann. Wirtschaftsprognostiker haben ihre Schwere unterschätzt, weil sie die Stärke der Realwirtschaft überschätzten und nicht berücksichtigten, in welchem Ausmaß sie von der auf Vermögenspreisblasen gestützten Schuldenanhäufung abhängig war.

*Es wurde vielfach behauptet, die derzeitige Krise sei eine typische »Minsky-Krise«, keine Marxsche, da das Platzen der finanziellen Spekulationsblasen die zentrale Rolle gespielt habe. Wie würden Sie darauf antworten?*

Ich halte es nicht für hilfreich, die realen und finanziellen Aspekte der Krise in dieser Weise einander gegenüberzustellen. Wie ich betont habe, ist es insofern eine Marxsche Krise, als sie ihre Wurzeln in einem langfristigen Abfall und der Nichterholung der Profitrate hat, was die wesentliche Ursache des bis heute anhaltenden Rückgangs der Kapitalakkumulation darstellt. Nichtsdestotrotz ist es zum Verständnis des aktuellen Einbruchs notwendig, den Zusammenhang zwischen der Schwäche der Realwirtschaft und dem Kollaps des Finanzwesens zu demonstrieren. Hauptbindeglied ist die stetig zunehmende Notwendigkeit von Kreditaufnahmen für das Weiterlaufen der Wirtschaft und der immer größere Verlass der Regierung auf Höhenflüge der Vermögenswerte für das Fortbestehen dieser Verschuldung.

*Gelegentlich ist die Rede davon, dass ein neues Paradigma der »Finanzialisierung« oder des »finanzgeleiteten Kapitalismus« zwischen den 1980er Jahren und heute ein so genanntes Capital Resurgent (Gérard Duménil) aufrecht erhalten hat. Was halten Sie von der These der »Finanzialisierung«, oder des »finanzgetriebenen Kapitalismus«?*

Die Idee eines finanzgetriebenen Kapitalismus ist ein Widerspruch in sich, denn im Allgemeinen – es gibt signifikante Ausnahmen wie das Kundenkreditgeschäft – sind die Finanzrenditen auf fortwährende Gewinnerzielung in der Realwirtschaft angewiesen. Als Reaktion auf den Niedergang der Profitrate in der Realwirtschaft förderten einige Staaten, allen voran die USA, eine Hinwendung zum Finanzwesen, indem sie den Finanzsektor deregulierten. Aber weil die Realwirtschaft weiterhin vor sich hindümpelte, führte die Deregulierung hauptsächlich zu einer Intensivierung der Konkurrenz im Finanzsektor, die wiederum die Gewinnaussichten verschlechterten und noch größere Spekulationen und das Eingehen höherer Risiken förderte.

*Der Keynesianismus oder Etatismus steht anscheinend bereit, um als neuer Zeitgeist zurückzukehren. Wie schätzen Sie den wiederauflebenden Keynesianismus oder Etatismus ein? Kann er dazu beitragen, die aktuelle Krise zu überwinden oder zumindest zu mildern?*

Die Regierungen haben heute tatsächlich keine andere Wahl, als sich in dem Versuch, die Wirtschaft zu retten, dem Keynesianismus und dem Staat zuzuwenden. Schließlich hat sich der freie Markt als vollkommen außerstande erwiesen, wirtschaftliche Katastrophen zu verhindern oder zu meistern, von der Sicherung von Stabilität und Wachstum ganz zu schweigen. Daher sind die politischen Eliten der Welt, die gestern noch die deregulierten Finanzmärkte gefeiert haben, heute plötzlich alle Keynesianer. Aber ob der Keynesianismus im Sinne gewaltiger Staatsdefizite und leichter Kredite zur Ankurbelung der Nachfrage die Wirkung haben kann, die sich viele versprechen, lässt sich bezweifeln. Schließlich erlebten wir in den vergangenen sieben Jahren, dank des Konsums auf Kredit, der durch die Immobilienblase der US-Zentralbank und das Haushaltsdefizit der Bush-Regierung gefördert wurde, den wohl tatsächlich stärksten keynesianischen Wirtschaftsimpuls in Friedenszeiten. Das Resultat war gleichwohl der schwächste Konjunkturzyklus der Nachkriegsepoche.

Heute ist die Herausforderung viel größer. Während die Immobilienblase in sich zusammenfällt und Kredite schwieriger zu bekommen sind, schränken private Haushalte ihren Konsum ein. Als Folge davon leiden Unternehmen unter fallenden Profiten. Sie kürzen daher in rasender Geschwindigkeit Löhne und entlassen Beschäftigte, was zu einer Abwärtsspirale aus sinkender Nachfrage und sinkender Rentabilität führt. Private Haushalte hatten sich lange auf steigende Immobilienpreise verlassen, um höhere Kredite aufzunehmen und ohne weiteres Zutun sparen zu können. Aber aufgrund der Schuldenanhäufung werden sie, gerade jetzt, wo die Wirtschaft ihren Konsum am nötigsten hätte, die Kreditaufnahme zurückfahren und das Sparen verstärken müssen.

Ein Großteil des Geldes, das der Staat in die Hände privater Haushalte gibt, wird voraussichtlich gespart und nicht ausgegeben. Da der Keynesianismus die Wirtschaft während der Expansion kaum anschieben konnte, was können wir in der schlimmsten Rezession seit den 1930er Jahren von ihm erwarten? Um eine maßgebliche Auswirkung auf die Wirtschaft zu haben, muss die Obama-Regierung über eine enorme Welle direkter oder indirekter staatlicher Investitionen nachdenken, eigentlich eine Art Staatskapitalismus. Dies umzusetzen erfordert die Überwindung enormer politischer und wirtschaftlicher Hindernisse. Die politische Kultur in den USA steht

Staatsbetrieben äußerst ablehnend gegenüber. Gleichzeitig könnten die Höhe der Ausgaben und der Staatsverschuldung den Dollar gefährden. Bis jetzt sind ostasiatische Regierungen glücklich damit, die Defizite der USA zu finanzieren, um den US-amerikanischen Konsum und ihre eigenen Exporte aufrecht zu erhalten. Aber wenn die Krise sogar China einholt, könnte es diesen Staaten unmöglich werden, die US-Defizite zu finanzieren, insbesondere wenn sie zu nie da gewesener Größe anwachsen. Die wahrhaft erschreckende Aussicht auf eine Flucht aus dem Dollar zeichnet sich im Hintergrund bedrohlich ab.

*Sie glauben, dass die Krise nur durch die Krise zu überwinden ist? Das ist eine klassische marxistische Antwort.*

Ich denke, das ist vermutlich der Fall. Die Analogie wäre Folgendes: Zunächst, in den frühen 1930er Jahren, waren New Deal und Keynesianismus unwirksam. Ja, die ganzen 1930er Jahre hindurch wurde es versäumt, die Bedingungen für einen neuen Boom zu schaffen, wie der Rückfall der Wirtschaft in die tiefe Rezession von 1937/38 veranschaulichte. Aber schließlich resultierte aus der langen Krise der 30er Jahre die Gesundschumpfung der teuren, wenig Profit einbringenden Produktionsmittel, und so wurden die Rahmenbedingungen für hohe Profitraten geschaffen. Man könnte also sagen, Ende der 1930er Jahre war die potenzielle Profitrate hoch, und es fehlte nur an einem Nachfrageschock. Für diese Nachfrage sorgten natürlich die enormen Rüstungsausgaben für den Zweiten Weltkrieg. So erhielt man während des Krieges hohe Profitraten und diese schufen die notwendige Bedingung für den Nachkriegsboom. Aber ich glaube, selbst wenn man es 1933 mit einem keynesianischen Defizit versucht hätte, hätte es nicht funktioniert, denn man brauchte, in Marx' Worten, zuerst eine systembereinigende Krise.

*Erwarten Sie neue Anknüpfungspunkte für Progressive in einer Welt der jüngsten Fehlschläge des Neoliberalismus?*

Die Niederlage des Neoliberalismus eröffnet definitiv große Möglichkeiten, die die Linke zuvor nicht hatte. Der Neoliberalismus fand bei großen Teilen der Bevölkerung nie viel Anklang. Die Arbeiterschaft identifizierte sich nie mit freien Märkten, freiem Finanzwesen und all dem. Aber ich glaube, große Teile der Bevölkerung waren überzeugt, dass dies die einzige Alternative darstellte, sie waren überzeugt von TINA (»there is no alternative«). Aber jetzt hat die Krise den totalen Bankrott der neoliberalen Form der Or-

ganisation der Wirtschaft aufgedeckt, und die Veränderung ist bereits spürbar. Sie wurde in der Opposition US-amerikanischer Arbeiter gegen die Rettungsaktionen für die Banken und den Finanzsektor sehr mächtig bekundet. Was sie heute sagen, ist: »Uns wird erzählt, die Rettung der Finanzinstitute, der Finanzmärkte sei der Schlüssel zur Wiederherstellung der Wirtschaft und des Wohlstands. Aber wir glauben das nicht. Wir wollen nicht, dass noch mehr Geld an Leute geht, die uns nur berauben.« Ideologisch besteht also ein großes Vakuum.

Das birgt eine große Chance für linke Ideen. Das Problem ist der sehr geringe Organisationsgrad der Arbeiterschaft, von irgendeinem politischen Ausdruck ganz zu schweigen. Man kann also sagen, die Veränderung im politischen Umfeld oder dem ideologischen Klima hat eine Riesenumöglichkeit geschaffen, aber sie allein wird nicht für ein progressives Ergebnis sorgen. Daher noch einmal: Die erste Priorität für Progressive – für alle linken Aktivisten – sollte der aktive Versuch einer Wiederbelebung der Arbeiterorganisationen sein. Ohne die Wiederherstellung der Macht der Arbeiterklasse wird wenig Progressives möglich sein, und der einzige Weg, diese Macht wiederherzustellen, ist die Mobilisierung für Protestaktionen. Nur indem die Arbeiterschaft aktiv wird, kollektiv und en masse, wird sie den Grad an Organisiertheit schaffen und die Macht ansammeln können, die notwendig sind, um sozusagen die soziale Grundlage zu liefern für einen Wandel ihres eigenen Bewusstseins, für politische Radikalisierung.

nutzt werden. Doch dabei wird es nicht bleiben können. Auch die Gewerkschaften werden sich zu weiter reichenden Formen des Protestes und der politischen Mobilisierung für solidarische Krisenlösungen aufrufen müssen. Reichweite und Radikalität des Protests müssten mit der Krisendynamik und der Erwartungshaltung der Mitgliederbasis Schritt halten. Die Gewerkschaften könnten auf diesem Weg zugleich in ihren Bemühungen um eine politische Revitalisierung vorankommen. Und ein Bündnis der autonomen Kooperierenden böte der Linken vielleicht die Möglichkeit, sich in der postneoliberalen Periode des Kapitalismus als politische Hoffnungsträgerin zurückzumelden.

Kein Zweifel: Der Finanzmarktkapitalismus wackelt. Aber gestürzt ist er noch lange nicht. Angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse plädiert der politische Verstand für Pessimismus. Doch ohne Optimismus des Willens wird die neue Mosaik-Linke nicht entstehen.

Jutta Sundermann

## **Im Doppelschritt Alternativen entwickeln und Protest sichtbar machen**

Nicht nur Attac hat seit dem Ausbruch der Krise gemerkt, dass Recht haben alleine nicht reicht. Die globalisierungskritische Bewegung hatte in den letzten Jahren vor vielem gewarnt, was jetzt eingetreten ist. Die Forderungen nach Veränderungen waren ebenso richtig wie die drängenden Hinweise auf soziale und ökologische Herausforderungen der Globalisierung. Attac konnte im Diskurs vieles erreichen, in der realen Politik zu wenig. Aber die Globalisierungskritik hat viele Menschen erreicht, auf deren Solidarität und Mittun die nächsten Schritte aufbauen können. Gleichzeitig steht die Bewegung aber vor der Herausforderung, etwas Neues auf die Beine zu stellen, neue Bündnisse zu schmieden und bestehende zu erweitern.

Es liegt kein fix und fertiges Konzept vor, was nun geschehen muss. Aber das ist völlig in Ordnung – und kann letztlich sogar eine Chance sein. Es wäre weder aussichtsreich noch klug, einen abgeschlossenen Masterplan zu präsentieren. Die Herausforderung ist viel zu komplex und »einfache Lösungen« können leicht in gefährliche Sackgassen führen. International vernetzte Globalisierungskritikerinnen und -kritiker haben längst thematisiert, wie vielfältig die Krisen derzeit sind. Den Knopf, dessen Betätigung die



Wirtschaftskrise wegzaubern könnte, wird es nicht geben. Ein solcher Versuch würde zu kurz greifen. Gleichzeitig zur Finanz- und Wirtschaftskrise zieht die globale Klimakrise herauf und hat die Hungerkrise eine neue Dimension angenommen.

Anders als es die Berliner Regierung gerne suggeriert, ist es nicht möglich, »zurück auf Start« zu gehen und die Lage z.B. des Jahres 2007 wiederherzustellen. In einigen Sonntagsreden hat die »Soziale Marktwirtschaft« gerade wieder Hochkonjunktur. Sie wird eingefordert als besseres Konzept, das den »Kasino-Kapitalismus« erneut ablösen sollte. Allerdings gab es auch mit den Vorgaben der sozialen Marktwirtschaft keine Antworten auf die Hungerkrise und keinen Mechanismus, um die ernsthaften globalen Umweltfolgen des auch ihr zugrunde liegenden Wirtschaftswachstums einzudämmen. Deshalb kann es heute auch nicht darum gehen, dieses Label unkritisch zu übernehmen – sondern höchstens darum, die besten Ideen davon weiter zu verwenden!

Ereignisse wie der Kapitalismus-Kongress können die Rolle einer Motivationstankstelle haben. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind sehr angetan vom Diskussionsklima und den Ideen, die hier auf den Prüfstand gestellt wurden. Sie können so etwas wie ein Basislager sein, von dem aus die Suchtrupps der Bewegung sich aufmachen, um Alternativen in den Krisen aufzuspüren und diese lebendig und attraktiv zu machen. Für solche Expeditionen sind sie gar nicht so schlecht ausgestattet.

Zu ihrer Ausrüstung gehören die Forderungen nach strikter Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Die Forderung, dass die Profiteure für die Krise zu zahlen haben. Und die, dass die Finanzmärkte schrumpfen müssen – nicht nur krisenbedingt, sondern vor allem nachhaltig und politisch gewollt. Das schließt ein, dass die Schnapsidee von der Bahnprivatisierung gestoppt werden muss. Auch die Altersversorgung darf nicht den Finanzmärkten übereignet werden.

Es muss nach mutigen Antworten gesucht werden. Dazu gehört auch, scheinbar Selbstverständliches in Frage zu stellen – zum Beispiel den derzeit viel bemühten Satz »Too big to fail«. Er lähmt politisches Denken und eine ergebnisoffene Perspektivensuche. Politiker, Experten und Medien erklären immer wieder, große Banken seien »too big to fail«.

Eine große Bank, die ins Straucheln gerät, kann tatsächlich vieles mit sich reißen. Aber die Frage bleibt, ob das »Reinpumpen« von Milliarden Euro die einzige Lösung ist. Was kann man sonst machen? Warum ist so wenig Phantasie erlaubt? Das »Reinpumpen« funktioniert nicht. Weder kam der Interbankenhandel wieder in Schwung, noch sind die Banken aus dem Gröbsten heraus. Und es macht fassungslos und wütend, der Rettung der

Commerzbank zuzuschauen, damit diese die Dresdner Bank kaufen kann – womit eine noch größere Bank entsteht.

Seit der Gründung von Attac fordern GlobalisierungskritikerInnen das »Primat der Politik über die Ökonomie«. Es ist auch auf dem Attac-Kongress oft gefordert worden. Aber es ist auch deutlich geworden, dass das nicht ausreicht, sondern untrennbar verknüpft werden muss mit der Frage nach der Qualität dieser Politik. Zum Beispiel danach, ob politisches Handeln transparent ist und ob Politik sich auch immer wieder demokratisch legitimiert. Nicht nur durch periodisch abgehaltene Wahlen. »Demokratische Kontrolle« meint deutlich mehr!

Die Liste der Herausforderungen ist lang, und sie erfordern einen Doppelschritt: Während es notwendig ist, weiter an Analysen und Strategien zu arbeiten, ist es überdies unumgänglich, gleichzeitig auch schon auf die Straßen zu gehen und zu zeigen, dass es Fragen und Veränderungsbedarf gibt – und zwar dringenden!

Die Demonstrationen vom 28. März 2009 konnten lediglich ein Auftakt sein. Es bedarf einer großen sozialen Phantasie, um Wege zu finden, gegen die lähmenden Ängste und Ernüchterungen anzutreten. Es ist eine Aufgabe für Attac, trotz aller Widrigkeiten zu vermitteln, dass jetzt ein guter Zeitpunkt ist, um Fragen laut und nachdrücklich zu stellen. Auch, wenn nicht alle Antworten fertig sind. Wenn wir das wagen und es schaffen, unsere berechtigte Kritik hörbar zu machen, kann das wie ein Gegengift zur Hoffnungslosigkeit wirken. Das ist unserer Gesellschaft dringend zu verschreiben, denn die Anzeichen verdichten sich, dass die Politik vor allem versucht, nichts zu verändern.

Die globalisierungskritische Bewegung übt sich seit Jahren darin, global zu denken. Vor diesem Hintergrund wird die Forderung immer dringender, den tödlichen internationalen Standortwettbewerb zu beenden. Es geht um die Zukunft von sechs Milliarden Menschen und die ihrer Nachkommen!

Wer die Forderungen von Attac und anderen studiert, findet darin sowohl die nach einzelnen, konkreten Instrumenten – so etwa die Schließung der Steueroasen und eine einmalige Vermögensabgabe anstelle eines großen Verarmungsprogrammes –, um die Krisenkosten zu finanzieren. Wichtiger werden aber auch weitergehende Forderungen nach Alternativen und einem grundlegendem Umsteuern. Es ist eine große, konstruktive Aufgabe, die mit Sicherheit nicht ohne Streit zu bewältigen sein wird. Denn über viele Jahre haben Staaten und ihre BürgerInnen von den Finanzmarkt- und Welthandelsstrukturen profitiert – so etwa Deutschland. Es ist trotz aller Nachrichten über Kinderarmut, trotz der skandalösen Realität der Hartz-IV-Diskriminierungen auch heute noch eine Herausforderung, das Bewusst-

sein dafür zu schaffen, dass die Schiefelage, in der sich die Gesellschaft und die Welt befinden, zur Diskussion gestellt wird und die Notwendigkeit von Umverteilungsmaßnahmen verdeutlicht wird. Gegenspieler dieses Bewusstseinswandels sind recht schnell zu finden. Denn diejenigen, die am offensichtlichsten von den Verhältnissen profitierten, haben jetzt das größte Interesse daran, dass sich möglichst wenig ändert. In den USA gibt es einen Auskunftszwang für Lobbyisten. Deshalb wissen wir, dass dort die Hedgefonds ihre Aufwendungen für Lobbyarbeit seit dem Ausbruch der Finanzkrise vervielfacht haben! Bei uns investieren die Arbeitgeberverbände erneut in die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, um ihrem maroden Ideologiegebäude frische Farbe zu verleihen. Josef Ackermann streicht mit seiner Deutschen Bank auf Umwegen Steuermilliarden ein und verkündet neue ungeheure Renditeziele.

Das, was nun nötig ist, lässt sich nicht mit einer applaudierenden Zustimmung erledigen. Es geht darum, Alternativen einzubringen, Protest sichtbar zu machen und Forderungen weiter zu entwickeln.

Das kann kein Apell an ein unsichtbares Kollektiv sein. Ich will nicht sagen »Man müsste jetzt...«, sondern: Hiermit fangen wir, fange ich jetzt an. Ich wünsche mir, dass viele Menschen weiter diskutieren, und ganz konkret selbst aktiv werden, sich selbst einmischen und andere auffordern, es ebenso zu tun.

»Demokratie ist Einmischung in eigene Angelegenheiten« (Daniela Dahn) – das gilt es weder zu vergessen noch sich entwenden zu lassen! Nicht von den scheinbar souveränen Krisenmanagern und nicht von der großen Komplexität, die diese Krisen so schwer greifbar macht.

Frigga Haug

## Die Vier-in-einem-Perspektive

Welches ist eigentlich unsere Frage in der Krise? Wo können und wollen wir eingreifen?

Was mich stark beunruhigt, ist der tiefe Schlaf, in dem die Bevölkerung offenbar liegt. Als wäre eine Schneedecke von mehreren Metern über ihnen, sitzen sie zusammengekauert um ihre Regierungen, als könnten die das in Ordnung bringen oder als sei es vielleicht nicht wahr oder ein Albtraum, nur sehr kurzfristig und bald überwunden. Schon zählt man die Zeit nach der Krise, auf die nur gewartet werden muss; bis dahin muss man sich du-

## Die Autorinnen und Autoren

*Martin Beckmann* arbeitet als Gewerkschaftssekretär in der ver.di-Bundesverwaltung, Bereich Politik und Planung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Finanzmarkt-Kapitalismus und Dienstleistungspolitik.

*Joachim Bischoff* ist Ökonom, Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus und Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.

*Ulrich Brand* ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Wien und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland.

*Claudia von Braunmühl* ist entwicklungspolitische Beraterin, Honorarprofessorin für Internationale Politik an der FU Berlin und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac.

*Robert P. Brenner* ist Leiter des Zentrums für Gesellschaftstheorie und vergleichende Geschichte an der University of California in Los Angeles.

*Michael Brie* ist Philosoph und Politikwissenschaftler, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

*Frank Bsirske* ist Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

*Fernando J. Cardim de Carvalho* ist Ordentlicher Professor für Wirtschaft am Institut für Ökonomie der Universität von Rio de Janeiro (Brasilien) und Berater bei IBASE.

*Thomas Coutrot* ist Ökonom und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac Frankreich. Er arbeitet am Forschungszentrum des französischen Arbeitsministeriums.

*Daniela Dahn* ist Journalistin und Schriftstellerin sowie Mitherausgeberin der Wochenzeitung »Freitag«.

*Alex Demirovič* lehrt z.Zt. Politische Theorie an der Technischen Universität Berlin. Er ist Mitglied der Redaktion der Zeitschriften »Prokla« und »LUXEMBURG«, des Beirates des BdWi und des Wissenschaftlichen Beirats von Attac.

*Bernhard Emunds* ist Leiter des Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik und Prof. an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen.

*Tim Engartner* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität zu Köln im Bereich der politischen und ökonomischen Bildung. Er promovierte zur Privatisierung des deutschen und britischen Bahnwesens.

*Andreas Exner* ist Ökologe, Arbeiterkammer-Rat der Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen in Österreich sowie Redaktionsmitglied der »Streifzüge« und Co-Autor von »Die Grenzen des Kapitalismus«.

*Erika Feyerabend* ist Sozialwissenschaftlerin, Geschäftsführerin und Mitbegründerin von BioSkop e.V., freie Journalistin und Lehrbeauftragte der Fachhochschule Düsseldorf.

*Heiner Flassbeck* ist Chefvolkswirt der UNCTAD (Genf) und Honorar-Professor an der Universität für Wirtschaft und Politik in Hamburg.

*Christian Fuchs* ist Privatdozent an der Universität Salzburg und leitendes Mitglied der Unified Theory of Information-Forschungsgruppe. Seine Arbeitsbereiche sind Gesellschaftstheorie, Information, Medien, Technik und Gesellschaft.

*Ralf Fücks* ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Er ist Mitglied der Grundsatzprogrammkommission von Bündnis 90/Die Grünen.

*Heiner Geißler* ist Politiker (CDU). Er war von 1982 bis 1985 Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und von 1977 bis 1989 Generalsekretär der CDU. Im Mai 2007 trat er Attac bei.

*Frigga Haug* ist marxistisch-feministische Soziologin, Herausgeberin der Zeitschrift »Das Argument« und des »Historisch-Kritischen-Wörterbuchs des Marxismus«, Vorsitzende des Instituts für Kritische Theorie und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

*Wolfgang Fritz Haug* lehrte bis 2001 Philosophie an der FU Berlin. Er ist Herausgeber des »Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus« und der Zeitschrift »Das Argument«, wissenschaftl. Leiter des Berliner Instituts für kritische Theorie und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

*Cornelia Heintze*, Stadtkämmerin a.D., ist promovierte Politologin. Derzeit arbeitet sie als freiberufliche Beraterin/Coach und forscht zu internationalen Wohlfahrtsstaatsvergleichen.

*Friedhelm Hengsbach* war Professor für Christliche Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen und ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

*Christina Kaindl* ist Diplom-Psychologin und Mitglied der Redaktion der Zeitschriften »Das Argument« und »LUXEMBURG«. Ihre Schwerpunkte sind Wissenschaftskritik, Rechtsextremismus, Antifaschismus und Kritische Psychologie.

*Bruno Kern* studierte Theologie und Philosophie und absolvierte eine Ausbildung zum Gesundheits- und Krankenpfleger. Er ist selbstständiger Redakteur, Übersetzer und Mitbegründer der »Initiative Ökosozialismus«.

*Stephan Krull* ist Mitglied des Ortsvorstandes der IG Metall Wolfsburg.

*Robert Kurz* ist ein gesellschaftskritischer Publizist und Journalist in Nürnberg. Er profilierte sich durch eine radikale Kritik am »Arbeits- und Klassenkampf-fetisch« des traditionellen (Arbeiterbewegungs-)Marxismus.

*Christoph Lieber* ist Soziologe, Lektor beim VSA: Verlag und Redakteur der Zeitschrift »Sozialismus«.

*Urs Marti* ist Professor für Politische Philosophie an der Universität Zürich.

*Ulf Martin* ist Mitglied von Attac und des Vereins für das Studium und die Förderung der Autonomie (VSFA).

*Mohssen Massarrat* ist Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück und aktiv in der Friedensbewegung.

*Armin Paasch* arbeitet für die deutsche Sektion von FIAN (FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk), die internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung.

- Werner Rätz* ist Mitarbeiter der Informationsstelle Lateinamerika (ila) in Bonn und einer der Initiatoren von Attac Deutschland.
- Sabine Reiner* ist Gewerkschaftssekretärin in der ver.di Bundesverwaltung, Bereich Wirtschaftspolitik ([www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)).
- Walter van Rossum* arbeitet als freier Autor für WDR, Deutschlandfunk, Zeit, FAZ und Freitag. Für den WDR moderierte er unter anderem die Funkhausgespräche.
- Saskia Sassen* ist Stadtsoziologin und Globalisierungstheoretikerin. Sie hat Professuren in Chicago und London inne.
- Joscha Schmierer* ist Publizist. Er ist Verfasser einer monatlichen Kolumne zu internationalen Fragen auf der Website der Heinrich-Böll-Stiftung.
- Conrad Schuhler* ist Leiter des Instituts für Sozial-Ökologische Wirtschaftsforschung, isw (München).
- Anne Schweigler* ist Ethnologin und aktiv in der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie sowie im Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft.
- Thomas Seibert* (Frankfurt) ist Philosoph, arbeitet bei medico international ([www.medico.de](http://www.medico.de)) und ist Mitglied im Attac-Rat.
- Jutta Sundermann* ist Journalistin, Bewegungsarbeiterin und Mitbegründerin von Attac Deutschland sowie Mitglied im Koordinierungskreis. Sie ist aktiv in Kampagnengruppen u.a. der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie.
- Lotta Suter* ist Mitbegründerin und langjährige Redakteurin der Schweizer Wochen-Zeitung WOZ. Seit der Auswanderung in die USA 1997 ist sie Korrespondentin für verschiedene Medien in der Schweiz und Deutschland.
- Norbert Trenkle* ist Redakteur der Zeitschrift »krisis« – Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft und freier Publizist.
- Hans-Jürgen Urban* ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, dort zuständig für Sozialpolitik, Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung.
- Bernd Wagner* ist wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Kulturpolitik und stellvertretender Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft in Bonn.
- Peter Wahl* ist Mitarbeiter von WEED, Berlin, und einer der Gründer von Attac Deutschland.
- Christa Wichterich* ist Soziologin und arbeitet als freiberufliche Publizistin, Lehrbeauftragte an Universitäten und als Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit. Sie ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.
- Harald Wolf* ist Soziologe am SOFI (Göttingen) und Vorsitzender des Vereins für das Studium und die Förderung der Autonomie (VSFA).
- Michael Zürn* leitet am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) die Abteilung »Transnationale Konflikte und Internationale Institutionen«. Er ist zudem Dean der Hertie School of Governance.